

Radikalenerlass: Klärung vertagt

Regierung wünscht erst wissenschaftliche Aufarbeitung

Von Sören S. Sgries

Heidelberg/Stuttgart. Die Erwartungen waren groß, als Vertreter der Regierungsfractionen sich mit Betroffenen des Radikalenerlasses erstmals an einen „Runden Tisch“ setzten. Nun, ziemlich genau sieben Monate später, überwiegt die Enttäuschung: Eine politische Entschuldigung seitens der Landesregierung oder des Landtags, wie sie der Betroffenen-Initiative um Sprecher Klaus Lipps vorschwebte, werde es in dieser Legislaturperiode nicht mehr geben, heißt es aus den Reihen der an den Gesprächen Beteiligten.

Als einen der Hauptverantwortlichen will man Ministerpräsident Winfried Kretschmann ausgemacht haben: „Verschleppung“ und „Aussitzen“ werfen Betroffene dem Grünen vor. Eine „allgemeine Rehabilitierung aller Betroffe-

nen“ könne es nicht geben, habe das Staatsministerium mitgeteilt. Die Regierung bestehe jetzt zunächst auf einer wissenschaftlichen Aufarbeitung, heißt es seitens der Initiative.

Der Grünen-Innenpolitiker Hans-Ulrich Sckerl, Mitinitiator des Runden Tisches, bestätigt: „Eine politische Erklärung zum Radikalenerlass wurde zurückgestellt.“ Die Grünen-Fraktion verfolge das Thema jedoch weiter. Noch in dieser Legislatur „angestoßen“ werden solle die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Schaffung eines unabhängigen Fonds für Opfer, die heute ohne ausreichende Altersversorgung leben müssen. Abschließen lasse sich diese Arbeit jedoch vorerst nicht mehr. „Dafür bitten wir die Betroffenen um Verständnis.“ Diese wiederum fürchten, Ergebnisse kämen zu spät: Nur noch „für unsere Grabsteine“.